

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXI/128

Bonn, den 11. Juli 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	Entscheidung gegen Erhard	92

Zum Ergebnis der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen

2 - 4	Die Jugend will das größere Europa !	113
-------	--------------------------------------	-----

Für ein Europäisches Jugendwerk

Von Harry Licht, MdB, Berlin

4	Herr von Hassel, ziehen sie endlich die Konsequenzen !	24
---	--	----

Starfigtherabstürze - Folge mangelnder Ausbildung

5	Spaniens Liberalisierung auf Sparflamme	46
---	---	----

Franco brüst demokratische Bestrebungen

Von unserem HDL-Korrespondenten in Madrid

+ + +

## Entscheidung gegen Erhard

### Zum Ergebnis der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

sp - Der imponierende Sieg der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen ist ein Beweis für die staatsbürgerliche Reife und Mündigkeit der Wähler dieses bevölkerungsreichsten Bundeslandes. Weder die künstlich erzeugte Landesvater-Psychose, noch das bewußte Hinwegreden der CDU über die Sorgen der Bevölkerung an Rhein und Ruhr vermochten den verdienten Erdrutsch der Partei des Bundeskanzlers, Professor Erhard, zu verhindern. Die sachliche Aufklärungsarbeit der SPD, die Darstellung von nicht gelösten, aber lösbaren Problemen, haben die Wähler veranlaßt, eine Entscheidung zu treffen, die nicht nur für das Land Nordrhein-Westfalen, sondern auch für die Bundesrepublik von größter Bedeutung ist.

Dafür gebührt den Wählern Dank. Sie haben gezeigt, daß die CDU sich täuschte, als sie glaubte, man könne die Menschen an Rhein und Ruhr mit Versprechungen abspelsen.

\* \* \*

Der eigentliche Verlierer dieses Wahlkampfes ist der Bundeskanzler und Vorsitzende der CDU, Professor Dr. Ludwig Erhard. Er hatte vor der Wahl verkündet, die Bundestagswahl von 1965 sei erst gewonnen, wenn die Landtagswahl in NRW den knappen CDU-Erfolg von 1965 bestätige. Die Wähler haben das Ergebnis der Bundestagswahl von 1965 nicht bestätigt; sie haben demonstrativ das Ergebnis von 1965 zugunsten der SPD jetzt korrigiert. Eigentlich müßte sich der Bundeskanzler selbst beim Wort nehmen. Ob er es tut oder ob seine Parteifreunde es für ihn tun werden - das wird die nächste Zukunft zeigen.

Wenn jetzt prominente CDU-Politiker ihren Ärger über die Wähler dadurch abreagieren wollen, daß sie erklären, der SPD-Sieg sei darauf zurückzuführen, daß diese Partei im Wahlkampf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten an Rhein und Ruhr "über Gebühr und ohne Grund" herausgestellt habe, dann ist dies gleichbedeutend mit einer Beleidigung der mündigen Bürger in Nordrhein-Westfalen. Anstatt zuzugeben, daß die seit nunmehr 17 Jahren fast ununterbrochen die Regierungsgeschäfte führende CDU sträflich die Möglichkeiten einer Neuordnung der Energiepolitik außer Acht gelassen hat, und daß die CDU im Land und im Bund mit Schönfärberei und zum Teil sogar Überheblichkeit die Warnungen der Gewerkschaften und der parlamentarischen Opposition in den Wind schlug, reißt man sich jetzt an den Wählern, die kein Vertrauen mehr zu solchen Regierungen haben könnten.

Aber diese Fragen muß die CDU innerhalb ihrer eigenen Reihen beantworten. Wir haben nur daran erinnert, weil es auch nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen darum gehen wird, die großen ungelösten Probleme dieses Land und - im übertragenen Sinne - der Bundesrepublik zu lösen.

\* \* \*

Der Wahlsieg der Sozialdemokratie ist nicht ein Augenblickserfolg, bedingt durch die spezifischen Wirtschaftsschwierigkeiten im Revier. Die Analyse der Wahlergebnisse im ganzen Land zeigt, daß die CDU auch dort schwere Verluste buchen mußte, wo sie sich bisher allmächtig und unschlagbar fühlte: in den ländlichen Gebieten mit vornehmlich katholischer Bevölkerung.

Auch hier ist ein Prozeß des Umänderkens im Gange. Der Bürger orientiert sich an der sachlichen Argumentation der politischen Parteien, die sich zur Wahl stellen. Vergleicht man gerade in diesen Gebieten das jetzige Wahlergebnis mit den Ergebnissen früherer Wahlen, so zeigt sich, daß die Sozialdemokratie unaufhaltsam in die CDU-Hochburgen eindringt. Gewiß haben auch hier die Probleme des Reviers eine Rolle gespielt; jedoch waren sie nicht entscheidend für das Votum.

Hier kam es auf die bessere Schul- und Kulturpolitik, auf die besseren Vorschläge zur Bewältigung der Verkehrsprobleme, auf die Fragen des Wohnungsbaus und nicht zuletzt auf alle jene Probleme an, die den Bürger im Zusammenhang mit der Erhaltung der Gesundheit interessieren. Während die CDU auf Allgemeinplätze auswich, hatte die SPD konkrete Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten und konnte den Wählern an vielen Beispielen zeigen, wie sehr die bisherigen Regierungsparteien ihre Pflichten gegenüber den Bürgern vernachlässigt haben.

\* \* \*

Deshalb ist es auch kein Zufall, daß prominente CDU-Kandidaten, wie Kultusminister Professor Dr. Mikat, Sozialminister Dr. Grundmann und der Minister für Bundesratsangelegenheiten, Lenner, kein Direktmandat erringen konnten. Daß des Altbundeskanzlers Sohn, der frühere Kölner Stadtdirektor Dr. Max Adenauer, geschlagen wurde, ist ein Symptom!

Aber selbst Ministerpräsident Dr. Meyers machte es nicht so, wie er es verkündet hatte. Er wurde zwar noch in direkter Wahl gewählt; jedoch hätte die CDU auch in seinem Wahlkreis 3,5 Prozent ihres bisherigen Stimmenanteils ein, während die SPD sechs Prozent zunahm. Noch viele andere Einzelergebnisse dieser Landtagswahl wären erwähnenswert. In diesem ersten Kommentar wollen wir es jedoch mit diesen Hinweisen bewenden lassen.

\* \* \*

Entscheidend sind nun die nächsten Tage und vielleicht sogar Wochen. Der Wähler hat eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß gegen die SPD nicht mehr regiert werden kann und soll. Unabhängig davon, wie die künftige Landesregierung in NRW aussieht, an der SPD kann nicht mehr vorbeiregiert werden. Wenn knapp 50 Prozent der Bevölkerung eines Landes der bisherigen Regierung praktisch ein Mißtrauensvotum ausstellen und der Opposition das Vertrauen ausspricht, können spitzfindige Kalküle mit dem Versuch des Ausschaltens des Wahlsiegers nur dazu führen, daß der Bürger sich um seine Entscheidung betrogen fühlt. Das aber wäre ein schwerer Schlag für die Demokratie; es könnte böse Auswirkungen haben.

Willy Brandt und Heinz Kühn haben bereits in der Wahlnacht erklärt, es ginge der SPD nicht darum, an einer Regierung mit einigen Ministerposten beteiligt zu sein. Entscheidend sei die Frage, in welcher Weise die gerade an Rhein und Ruhr anstehenden wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Probleme vernünftig und zum Wohl der Bürger gelöst werden können. Dieser Grundsatz ist für die Sozialdemokratie verpflichtend. Es geht jetzt um die Sachentscheidungen an Rhein und Ruhr, es geht um eine neue und bessere Politik.

\* \* \*

## Die Jugend will das größere Europa!

### Für ein Europäisches Jugendwerk

Von Harry Liehr, MdB, Berlin

Der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion, die Gründung eines Europäischen Jugendwerkes anzustreben, fand am 20. 4. 1966 die prinzipielle Zustimmung des ganzen Hauses. Selten wurde eine parlamentarische Initiative von der jungen Generation so begrüßt wie diese. Hat doch die Jugend selbst nach 1945 mit großer Anteilnahme die internationale Jugendbewegung eingeleitet und in überzeugender Weise der Völkerverständigung gedient. So wurde der Grundstein gelegt über behutsame Anfänge speziell des deutsch-französischen Jugendaustausches hinweg, das Deutsch-Französische Jugendwerk als ein Modell für die Zusammenarbeit der Jugend Europas anzusehen. All diese Erfahrungen ermutigen uns; im Bundestag den nächsten Schritt zu tun und die Bundesregierung zu ersuchen, ein Europäisches Jugendwerk anzustreben.

Der internationale Jugendaustausch hat in seiner Gesamtheit - als ein hervorragender Bestandteil der öffentlichen Jugendförderung in Deutschland - zunehmend Bedeutung erlangt. Unstritten ist lediglich, welche politisch organisatorischen Formen am geeignetsten sind, die Begegnung und den Austausch der Jugend in Europa zu fördern. Wir Sozialdemokraten treten sowohl für bilaterale Verhandlungen ein, denen eine Modellkonzeption zugrunde liegt, durch die der Austausch junger Menschen in Europa überhaupt gefördert werden sollte, als auch für die Förderung multilateraler europäischer Veranstaltungen und Einrichtungen der Jugendarbeit unter dem Dach eines Europäischen Jugendwerkes.

Bestehende Kulturabkommen mit Großbritannien, Holland, Belgien, Norwegen und Italien sowie die Bereitschaft anderer europäischer Staaten zur Zusammenarbeit bieten wertvolle Ansatzpunkte für eine wesentliche Verstärkung der internationalen Jugendbewegungen. Mit Großbritannien, Holland und Belgien wurden zusätzlich zu den schon bestehenden Jugendaustausch Modellprojekte des Jugendaustausches und der Jugendbewegung vereinbart, die 1966 verwirklicht werden sollen. Dazu zählen gemeinsame Arbeitstagungen und Fachseminare, auf denen die Jugend und Fachverbände sich über Probleme und Arbeitsmethoden gegenseitig unterrichten und gemeinsame Veranstaltungen vorbereiten sollen. Die Bundesregierung beabsichtigt, ähnliche Absprachen noch in diesem Jahr auch mit Dänemark, Spanien und Italien zu treffen. Bei diesem Stand der Entwicklung kommt eine EntschlieÙung des Europäischen Parlaments, ausgelöst durch einen von Frau Strobel (SED) initiierten Antrag der sozialistischen Fraktion besondere Bedeutung zu. In dieser EntschlieÙung, die am 9. 5. 1966 angenommen wurde, heiÙt es u.a.:

- \* Das Europäische Parlament richtet einen Appell an die Regierungen
- \* und die Völker der Europäischen Gemeinschaft und fordert sie auf,
- \* die Probleme der Jugend mit möglichst großer Aufgeschlossenheit
- \* zu untersuchen, in Angriff zu nehmen und zu lösen, damit die Ju-
- \* gend im Geiste menschlicher Solidarität, voll Verständnisbereit-
- \* schaft, im vollen Bewußtsein ihres eigenen Wertes und in der Er-
- \* kenntnis ihrer Rechte und Pflichten in einem vereinigten, demokra-
- \* tischen und friedlichen Europa in einer auf dem Weg zu ihrer Ein-
- \* heit fortschreitenden Welt heranreift;

- \* wünscht die Schaffung eines Europäischen Jugendwerkes als eine
- \* Stiftung des öffentlichen Rechts, die von Vertretern der Mitglied-
- \* staaten und der Exekutiven in Zusammenarbeit mit einem Allgemei-
- \* nen Europäischen Jugendrat verwaltet wird;
- \* ferner die Schaffung eines aus Gemeinschaftsmitteln zu finanzie-
- \* renden Fonds, der dem Europäischen Jugendwerk zur Verfügung gee-
- \* stellt und jährlich mit 50 Millionen bfrs ausgestattet wird, die
- \* in den folgenden zehn Jahren bis auf 500 Millionen bfrs jährlich
- \* erhöht werden;
- \* fordert die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten auf,
- \* sich für die Schaffung eines solchen Werkes einzusetzen und die
- \* Bildung von möglichst repräsentativen nationalen Jugendräten zu
- \* fördern.

Dieser Entschließungsantrag und der ihm zugrunde liegende Bericht des Forschungs- und Kulturausschusses bekennt sich eindeutig zur Gründung eines Europäischen Jugendwerkes auf der Grundlage der sechs Mitgliedstaaten; in enger Zusammenarbeit mit dem "Europa der Achtzehn". Die sprachlichen Schwierigkeiten - allein schon das Vorhandensein von vier Sprachen im "Europa der Sechs" - werden bei zu weit gesteckter Zielsetzung als geradezu unüberwindlich angesehen.

Es wird festgestellt, daß das Europäische Jugendwerk die schon zwischen den Ländern bestehenden bilateralen Abkommen über den Kulturaustausch ebenso wenig wie das Deutsch-Französische Jugend ersetzen kann oder der Schaffung neuer bilateralen Jugendwerke im Wege stehen soll. Das Europäische Jugendwerk wird deshalb mit den bereits bestehenden Koordinatoren und im Rahmen seiner Organisation ein System von Kontakten schaffen müssen, das je nach den Kenntnissen der Teilnehmer an Jugendtreffen und im Austausch multilateral oder bilateral sein kann. Was die Rechtsstruktur anbelangt, so wird empfohlen, innerhalb der Gemeinschaft eine autonome Stiftung des öffentlichen Rechts zu schaffen. Dieser Stiftung soll ein Verwaltungsgremium vorstehen, das sich aus jeweils einem oder mehreren Vertretern der sechs Regierungen und der drei Exekutiven zusammensetzt. Neben dem Verwaltungsrat soll ein allgemeiner Jugendrat geschaffen werden, in dem die gewählten Vertreter der einzelnen nationalen Gremien nach einem Proportional-System vertreten sind.

Wenn diese Vorschläge verwirklicht würden, könnten die Regierungen Stellungnahmen und Richtlinien von einem weitgehend repräsentativen Gremium erhalten, das allen Anforderungen gegenüber aufgeschlossen ist; das Europäische Jugendwerk käme damit in den Genuß der Zusammenarbeit mit einer Versammlung, die aufgrund der Zusammensetzung und Auswahl ihrer Mitglieder ein würdiger Vertreter der Anforderungen und Bestrebungen der europäischen Jugend ist.

Als Übergangslösung gleichsam aber auch als Verbesserung des Ausgangspunktes für ein solches Jugendwerk hat das Europäische Parlament die nachdrückliche Aufforderung an die Exekutiven der drei Europäischen Gemeinschaften gerichtet, dafür zu sorgen, daß vor 1. 1. 1967 an

- \* die im Haushalt vorgesehenen Mittel für Jugend- und Erwachsenen-
- \* bildung auf 50 Millionen bfrs jährlich erhöht werden;
- \* ein neues erweitertes Programm mit mehrjähriger Laufzeit für den
- \* Austausch jugendlicher Arbeitnehmer auf der Grundlage des Artikels
- \* 50 des EWG-Vertrages vorgelegt wird;

- \* Bestimmungen, die eine möglichst weitgehende Koordinierung der Jugendförderung im Rahmen der Gemeinschaft sowie die Einrichtung einer dafür zuständigen Dienststelle ermöglichen,

erlassen werden.

Es ist nur zu hoffen, daß die im Ministerrat vereinigten Vertreter der Regierung das Votum des Europäischen Parlaments zu ihrer eigenen Sache machen. Vom Deutschen Bundestag liegt hierfür ein klar umrissener Auftrag für die Bundesregierung vor.

Wir haben hier, wie selten zuvor, die Chance, den erklärten Willen, das Bekenntnis der deutschen Jugend zu einem größeren Europa durch eine in die Zukunft weisende Jugendpolitik zu manifestieren. Auch bei dieser Gelegenheit sollten wir uns zum Fürsprecher der Völkerverständigung machen, zu deren Beständigkeit und Dauerhaftigkeit niemand besser als die junge Generation beitragen kann.

+ + +

Herr von Hassel, ziehen sie endlich die Konsequenzen !

#### Starfigtherabstürze - Folge mangelnder Ausbildung

sp - Bundesverteidigungsminister Kai-Jwo von Hassel hat wieder einmal ein großes Wort gelassen ausgesprochen. Vor der Jungen Union in Schleswig-Holstein erklärte er laut Pressemeldungen, die hohe Zahl der Starfigtherabstürze sei hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die jungen Piloten eine zu geringe Zahl an Flugausbildungs-Stunden absolviert hätten.

Wenn Herr von Hassel das tatsächlich gesagt hat, dann erweist sich die gegen ihn wegen fahrlässiger Obhut erhobene Anzeige des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Ivor mehr als berechtigt. Niemand anderes als der Verteidigungsminister selbst ist in letzter Instanz dafür verantwortlich, ob die seiner Obhut anvertrauten jungen Menschen eine sach- und fachgerechte Ausbildung erhalten. Der Rücktritt des Bundesverteidigungsministers ist nach diesem seinen Ausspruch - falls er zutreffend sollte - nicht nur aus Gründen der parlamentarischen Verantwortung fällig, sondern auch juristisch notwendig.

Wenn ein Handwerksmeister öffentlich zugibt, daß er nicht in der Lage ist, seine Lehrlinge ordnungsgemäß auszubilden, wird man ihm untersagen, in Zukunft noch Lehrlinge in seinem Betrieb aufzunehmen. Man wird feststellen, daß dieser Handwerksmeister - aus welchen Gründen auch immer - keine Eignung zur Erfüllung ihm gestellter Aufgaben hat und man wird ihn zwingen, die Konsequenzen aus dieser Feststellung zu ziehen.

Was für einen Handwerksmeister recht ist, sollte für einen Verteidigungsminister billig sein.

+ + +

## Spaniens Liberalisierung auf Sparflamme

Francó bremst demokratische Bestrebungen

Von unserem HDI-Korrespondenten in Madrid

Als Reaktion auf die verhinderten Arbeiterdemonstrationen in Madrid und im asturischen Bergarbeiterzentrum Nieros setzte Spaniens Staatsoberhaupt Franco in Barcelona allen hochgeschraubten Hoffnungen auf eine rasch voranschreitende Liberalisierung des politischen Lebens in Spanien einen deutlichen Dämpfer auf. Ob diese Liberalisierung eines unsanften Todes sterben wird oder nicht, dürfte eine schwer zu beantwortende Frage sein. Fest steht aber, daß die Liberalisierung gebremst und auf Sparflamme gedreht wird. In einer Rede erklärte Franco, die Spanier sollten sich nicht um die Meinung des Auslandes kümmern. Er gab zu, daß das heutige Spanien mit Ellenbogenkraft das geworden ist, was es heute darstellt. Der bisherige Weg werde ununterbrochen fortgesetzt; trotz der "Verschwörung des Schweigens" in bestimmten Ländern.

Wie bei früheren Gelegenheiten, ließ sich Franco auch diesmal nicht über die politische Zukunft aus und setzte dem Rükselraten um die Einsetzung eines Monarchen keineswegs ein Ende. Gerade in den vergangenen Wochen, seitdem in Spanien eine wenigstens eingeschränkte Pressfreiheit (wenn auch mit vielen Fesseln) besteht, war in ganzem Lande eine breite Diskussion über die Zukunft des Landes in Gang gebracht worden. Wenn das Wort "Demokratisierung" auch nicht immer deutlich beim Namen genannt wurde - es stand stets unsichtbar im Raum.

Francos angebotene Behutsamkeit und Vorsicht lassen ihn befürchten, daß bei einer rasant vorangetriebenen Liberalisierung etwa jene Kräfte wieder an die Oberfläche treten könnten, die nach Ende des Bürgerkrieges (1936/39) aus dem politischen Leben ausgeschlossen wurden. Deswegen ist Franco gegen übereilte Schritte. Die Zeitung "Madrid" hieß in die gleiche Kerbe und berichtete, die geheime Zeitung der spanischen KP, "Mundo Obrero", habe ihre Gesinnungsfreunde aufgefordert, die Vertikalsyndikate zu unterwandern. Damit geben die Madrider Regierungsstellen deutlich zu erkennen, daß die gegenwärtige Syndikatsorganisation, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber unter einem Dach vereint, vorläufig nicht reorganisiert werden soll.

Einige Erleichterungen wurden bereits im vergangenen Jahr eingeführt: innerhalb der Syndikatsorganisation gibt es je einen Arbeiter- und Unternehmer-Rat, die jeweils die Interessen der neun Millionen von den 26 Syndikaten erfaßten Arbeitnehmer und der drei Millionen Arbeitgeber wahrnehmen sollen.

Größere Zugeständnisse sind vorerst nicht zu erwarten. Aber auch in Spanien ist aufgeschoben nicht aufgehoben. Nicht nur Franco sprach sich gegen die Rückkehr des Staats zum Absolutismus aus - auch der frühere spanische Botschafter in Bonn, Luis de Urquijo, meinte in einem Interview mit dem "Stern", innerhalb weniger Jahre könnte Spanien ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von 4 000 DM erzielen, "und dann können wir uns auch den Luxus eines entwickelten Landes erlauben, eine parlamentarische Demokratie".